

Bernd Langer

Im Glauben an die Weltrevolution
Die Märzrevolte 1921

UNRAST VERLAG

Prolog

Auf dem flachen Land zwischen Halle und Leipzig, findet sich am Gänseanger in Leuna-Kröllwitz, ein Gedenkstein für den Mitteldeutschen Aufstand von 1921. „Durch Kampf zum Sieg“ ist in den Findling gemeißelt. Hinter der propagandistischen Formel verbirgt sich eine große Erzählung und ein widersprüchliches revolutionäres Erbe. So kann die bewaffnete Rebellion im mitteldeutschen Industrievier 1921 nicht allein, als ein regionales Ereignis betrachtet werden. Vielmehr ist sie nur im Zusammenhang mit dem Ziel einer Weltrevolution im Zuge der bolschewistischen Machtergreifung in Russland zu erklären.

Der Aufstand beginnt am 21. März 1921 und dauert über die Osterwoche an. Sein Zentrum ist das Mansfelder Land im südwestlichen Teil des heutigen Sachsen-Anhalts. Zusammen mit den angrenzenden Gebieten Thüringens und Sachsens bildet diese Region Mitteldeutschland. Hier befinden sich in den 1920er-Jahren die Braunkohlereviere von Bitterfeld, Ammendorf, Weißenfels, Zeitz, das Geiseltal, Teutschenthal-Röblingen, sowie der Mansfelder Kupferbergbau und die Kalischächte von Staßfurt bis zur Unstrut.

Im Zuge von Industrialisierung und aufkommender Sozialdemokratie, entwickelt sich in Mitteldeutschland, bereits vor dem Ersten Weltkrieg, ein klassenbewusstes Proletariat. So treten am 22. Oktober 1909 rund 10.000 Mansfelder Bergarbeiter auf allen Schächten in den Ausstand. Militär wird in das Streikgebiet geschickt. Schließlich verhängt der Unternehmerverband über ganz Deutschland die Sperrung von Arbeitskräften aus dem Mansfelder Revier, was zum Abbruch des Streiks am 11. November 1909 führt.¹

¹ Teildokument: Chronologie 1909, in: *Bibliothek der Friedrich Ebert Stiftung*.



Seit 1927 dreimal neu beschriftet und fünfmal umgesetzt, steht der Gedenkstein in Leuna-Kröllwitz heute ungefähr so da, wie er ursprünglich aufgestellt wurde.

Die große Klassenkampferzählung beginnt für die Region aber erst mit dem Sprung zum Mitteldeutschen Industrievier während des Ersten Weltkrieges. Im Zuge der totalen Kriegsführung durch Generalfeldmarschall PAUL VON HINDENBURG und dem Ersten Generalquartiermeister² General ERICH LUDENDORFF wird ab 1916 die chemische Industrie massiv ausgebaut. Mitteldeutschland bietet sich dafür an. Zentral im Deutschen Reich, auf flachem Land gelegen, ist die Region verkehrstechnisch gut zu erreichen. Zudem gibt es große Braunkohlevorkommen zur Energiegewinnung. Ein weiterer Aspekt ist die Entfernung zur Westfront, die so groß ist, dass die die Fabrikanlagen für feindliche Bomber unerreichbar bleiben.

So entstehen die Leuna-Werke der BASF (BADISCHE ANILIN- UND SODAFABRIK) in Rekordzeit. Vom ersten Spatenstich bis zum Anlaufen der Produktion von Ammoniak, für die Sprengstoffherstellung, dauert es nur knapp ein Jahr. Der neue industrielle Schwerpunkt in Mitteldeutschland ist von Größe und Wichtigkeit nur mit dem Ruhrgebiet, Berlin oder Oberschlesien zu vergleichen. Ein Manko für die Kriegsstrategen sind allerdings die reichsweit zwangsverpflichteten Arbeitskräfte. Die Stimmung in den schnell errichteten Barackensiedlungen ist von einem zermürbenden Arbeitsalltag bestimmt.

Ein starker Bevölkerungszuwachs ist jedoch nur ein Aspekt der massiv vorangetriebenen Industrialisierung, die zu einer nachhaltigen Veränderung des bäuerlich geprägten Gebiets führt. Schlote und Halden bestimmen zunehmend die Landschaft. Im Zentrum des neuen Industrieviers liegt, mit dem Regierungsbezirk Merseburg, einer der größten und bevölkerungsreichsten Bezirke Preußens. Auf 10.085 Quadratkilometern leben hier über 1,3 Millionen Menschen.³ Davon sind rund 40.000 im Bergbau tätig, dem ein weit verzweigtes Netz verarbeitender Betriebe angegliedert ist. Wobei sich der Regierungsbezirk Merseburg bis zum südöstlichen Rand des Harzes erstreckt.⁴ Die Region ist von kleinen Ge-

2 Dieser Rang wurde speziell für Ludendorff geschaffen, um ihn gleichberechtigt neben den Generalfeldmarschall Hindenburg erscheinen zu lassen.

3 Bevölkerungszahl nach dem Ergebnis der Volkszählung vom 8. Oktober 1919, in: *Handbuch über den preußischen Staat 1922*, S. 10 ff.

4 Neben diesem zusammenhängenden Gebiet sind die Industriebezirke Bitterfeld und im östlich gelegenen Landkreis Liebenwerda hinzuzuzählen, so dass sich eine Gesamtzahl von nahezu 200.000 Arbeitern ergibt. Siehe dazu: Christian Knatz: „Ein Heer im grünen Rock“?

meinden und Städten die maximal 35.000 Seelen zählen geprägt. Mit über 180.000 Einwohnerinnen und Einwohnern ist Halle an der Saale die einzige Großstadt im mitteldeutschen Industrievier.

Dreh- und Angelpunkt sind die Leuna-Werke, deren Silhouette, mit den alles überragenden Industrieschlotten, die Landschaft beherrscht. Das Werksgelände erstreckt sich auf einer Länge von sieben Kilometern und einer Breite von drei Kilometern. In dem zu diesem Zeitpunkt weltweit größten Industriekomplex seiner Art sind mehr als 22.000 Menschen beschäftigt. Nach dem Ersten Weltkrieg wird die Produktion umgestellt und mit den Anlagen ein Großteil des von der deutschen Landwirtschaft benötigten Stickstoffdüngers erzeugt. Die Herstellung basiert auf der Ammoniakproduktion, gleichsam Grundstoff für Düngemittel wie für Sprengstoff.

Allerdings herrschen miserable Arbeits- und Lebensbedingungen, weshalb die 1917 entstehende USPD im Werk und der Region sehr viele Anhänger und Anhängerinnen hat und die Revolution gegen den Weltkrieg und die Monarchie bereits am 7. November 1918 Mitteldeutschland erfasst – während sie Berlin erst am 9. November erreicht.

Zur Jahreswende 1919 entsteht dann in Berlin die KPD, mit einem bolschewistischen, revolutionären Programm. Es geht der kommunistischen Partei nicht um eine Beteiligung am demokratischen Prozess, sie will die proletarische Revolution expliziert mit der Waffe in der Hand erzwingen.

Noch radikaler gebärdet sich in diesem Sinne die, im April 1920 von der KPD abgespaltene und zum Zeitpunkt des Aufstands stärkere, KAPD (KOMMUNISTISCHE ARBEITERPARTEI DEUTSCHLAND). Beide Parteien sind als Teil der KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE, kurz KOMINTERN oder KI, mit Sitz in Moskau, einzig der proletarischen Weltrevolution nach bolschewistischem Vorbild verpflichtet. Deshalb forcieren die kommunistischen Parteien auch den Mitteldeutschen Aufstand, den es ohne Weisung aus der Russischen Sowjetrepublik nicht gegeben hätte.

Seine Protagonisten führen die Erhebung im März 1921 in erster Linie als militärische Konfrontation. Das Gros der bewaffnet kämpfenden rekrutiert sich aus Kriegsveteranen des Ersten Weltkriegs; durch Kriegserleb-

Der mitteldeutsche Aufstand 1921, die preußische Schutzpolizei und die Frage der inneren Sicherheit in der Weimarer Republik, S. 26 ff.



Die Leuna Werke, Anfang der 1920er-Jahre die größte Chemiefabrik der Welt.
Aufnahme 2. Mai 1928.

nisse, revolutionäre Bürgerkriegskämpfe und existenzielle Nachkriegsnot traumatisierte Männer, zumeist nicht älter als 25 Jahre und proletarischer Herkunft. Vor allem aber sind sie Idealisten; bereit, alles zu geben für die Idee, eine Welt in kapitalistischen Ketten endlich hinter sich zu lassen.

Lässt sich der revolutionäre Eifer nachvollziehen, ist einiges aus der Zeit des Mitteldeutschen Aufstands heute schwer verständlich. Dazu gehört, dass Frauen aus dem bewaffneten Kampf ausgeschlossen bleiben. Max Hoelz, ein legendärer Anführer, schreibt dazu „*Bei keiner der Truppen, die unter meiner Leitung kämpften – weder im Vogtlande, noch in Mitteldeutschland – befanden sich Frauen. Als während des mitteldeutschen Aufstandes, nach dem zweiten Gefecht in Eisleben, eine Arbeiter-Samariter-Kolonne auftauchte, die unter der Leitung einer in Männerkleidung auftretenden Hallenser Genossin stand, waren die Rotgardisten von dieser Erscheinung nicht erbaut. Ich hatte den Eindruck, daß die Rotgardisten – auch bei mir war das der Fall – Frauen während der Kämpfe nicht gern um sich sahen. Sie befürchteten vielleicht, durch sie von ihrer Aufgabe abgelenkt zu werden.*“⁵

5 Hoelz, Max: *Vom ‚Weißen Kreuz‘ zur Roten Fahne*, Berlin 1929, S. 153.

So rückschrittlich patriarchal wie Hoelz sind aber nicht alle militanten Anführer. Zwischen Karl Plättner, einem weiteren Initiator und Aktivisten des Aufstandes und Max Hoelz lassen sich in dieser Frage große Unterschiede ausmachen.

Wenn es auch weder eine bewaffnet kämpfende Frau noch eine in einer leitenden Funktion beim Mitteldeutschen Aufstand gegeben hat, beginnt Plättner gleich nach dem Aufstand einen Bandenkrieg unter der Parole, ‚Expropriation der Expropriateure‘. An Plättners militanter Organisation sind Frauen wie Männer beteiligt. Da er aber als Aktivist der KAPD politisch nicht genehm ist, schweigen sich die KPD- bzw. SED-Chronisten und Chronistinnen später über Karl Plättner, wie über vieles andere, aus.

Im Kampf um die Deutungshoheit findet die Geschichte des Mitteldeutschen Aufstands seine Fortführung. Für die KPD sind einzig soziale Gründe in Kombination mit einem überbordenden Polizeieinsatz die Auslöser für die Revolte.

Kein Wort verliert die Partei darüber, dass sie als Befehlsempfängerin der KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE eine bewaffnete Konfrontation ohne Aussicht auf Erfolg initiiert hat. Dass der Aufstand in einer Niederlage endet, wird als eine notwendige Lehre, als Etappe, die den nächsten Sieg vorzubereiten hilft, dargestellt. In diesem Sinne, sich selbst als Anführerin des Proletariats stilisierend, erhebt die KPD Anspruch auf die gefallenen Aufständischen. Seinen Höhepunkt findet die Stilisierung der gefallenen Kämpfer als Märtyrer für den Kommunismus Jahre später.

Zu Zeiten des Mitteldeutschen Aufstands wähnt sich die kommunistische Bewegung noch in der Offensive. Es gibt zwar die Erfahrungen, dass die demokratische Regierung mit Freikorps, Reichswehr und der Polizei gegen revolutionäre Aufstände vorgeht und mit dem Kapp-Putsch 1920 hat es bereits einen rechtsradikalen Putschversuch gegeben. Für Kommunistinnen und Kommunisten ist das aber alles dieselbe Seite einer Medaille und fällt unter Begriffe wie ‚reaktionär‘ oder ‚weißer Terror‘. Die andere Seite der Medaille ist die revolutionäre Bewegung unter kommunistischer Führung. So sieht sich die KPD nicht als Beschützerin der Demokratie, vielmehr will sie den Kapitalismus zerschlagen und eine Diktatur nach bolschewistischem Vorbild errichten. Insofern spielt der Mitteldeutsche Aufstand in die Geschichte des Antifaschismus hinein; wenn auch der Begriff

im Verlauf der Auseinandersetzung noch nicht zur Geltung kommt. Die KPD führt die Bezeichnungen Faschismus und Antifaschismus erst Anfang der 1920er-Jahre als polemische Kampfbegriffe im Deutschen Reich ein. In Deutschland gibt es keine Organisation oder Bewegung die sich selbst als faschistisch bezeichnet, allein schon deshalb, weil der Faschismus seinen Ausgangspunkt beim ehemaligen Kriegsgegner Italien hat.

Aus kommunistischer Sicht stellen parlamentarische Demokratie wie Faschismus lediglich Herrschaftsformen des Kapitalismus dar. Antifaschismus wird mit Antikapitalismus gleichgesetzt. Im Faschismus wird die schärfste Form kapitalistischer Herrschaft gesehen. Eine Herrschaft, zu der er greift, wenn alle anderen Mittel ausgeschöpft sind und die proletarische Revolution vor der Tür steht.

Diese Linie macht auch der spätere historische Bezug klar. In engem Verhältnis zur Sowjetunion entsteht am 7. Oktober 1949 die DDR. Laut Propaganda handelt es sich um ‚den ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden‘. Aus Sicht der Parteideologen hat sich in der DDR die ‚historische Mission‘ der KPD und der ‚Märzkämpfer‘ erfüllt. Das ist eine Behauptung, die vom Volksaufstand im Juni 1953 konterkariert wird, erst recht, weil ein Schwerpunkt des Aufbegehrens im Mitteldeutschen Industrievier liegt.

Nachdem die Volksbewegung niedergeschlagen ist, wird der Aufstand von 1921 ein zentraler historischer Bezugspunkt für die SED. Freilich in der ihr eignen Sicht. Mit dem Anspruch, das bessere Deutschland darzustellen und ein sozialistischer, antifaschistischer Staat zu sein, werden hingegen Oppositionelle als ‚Kriminelle‘, ‚Faschisten‘, ‚Asoziale‘ oder ‚westliche Agenten‘ denunziert und verfolgt. Das funktioniert problemlos, denn ohne Frage ist die DDR eine Entwicklung aus der kommunistisch-bolschewistischen Traditionslinie. Etliche ehemalige ‚Märzkämpfer‘ wenden sich zwar von der SED ab oder fallen in Ungnade, aber es gibt genauso diejenigen, die sich stets linientreu verhalten und ihre Ideale in der DDR verwirklicht sehen. Diese Ambivalenz gilt es stets zu beachten, wenn man sich mit dem Mitteldeutschen Aufstand beschäftigt und die Frage beantworten will, um welchen Kampf und Sieg es geht.

Zum Verständnis

Die KPD verwendet den Begriff *Märzaktion* für die Revolte 1921 in Mitteldeutschland, während die KAPD, wie die Kämpfenden selbst, stets vom *Mitteldeutschen Aufstand* sprechen. Andere Kreise nennen die Ereignisse *Märzkämpfe in Mitteldeutschland*.

Max Hoelz wird zeitgenössisch in der Regel Hölz geschrieben. Beide Schreibweisen sind richtig. Es ist möglich, dass Max Hölz, aufgrund seines längeren Aufenthalts in England vor dem Ersten Weltkrieg, das ö in ein oe verändert hat. Er selbst unterzeichnet mit Hoelz.

In der Literatur über den Mitteldeutschen Aufstand ist oft von der ‚grünen Polizei‘ bzw. der SiPo (SICHERHEITS-POLIZEI) die Rede. Diese Bezeichnungen sind irreführend, denn die SiPo ist bereits seit Oktober 1920 abgeschafft.

Die Idee für die paramilitärische SiPo entsteht im Zusammenhang mit den Märzkämpfen 1919 in Berlin. Hauptmann Waldemar Pabst, im Januar 1919 verantwortlich für die Morde an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, unterbreitet Reichswehrminister Gustav Noske (SPD) am 10. März 1919 das schriftliche Konzept für eine kasernierte, militärisch ausgerüstete und gegliederte Polizeitruppe zur Aufstandsbekämpfung. Damit soll auch versucht werden, eine Reserve der durch die Abrüstungsanordnungen des Versailler-Vertrages auf 100.000 Mann begrenzte Reichswehr zu schaffen.

Es bedarf einiger Gespräche, bevor Deutschland von den Siegermächten die Bildung einer kasernierten Polizei in einer Gesamtstärke von 100.000 Mann zugestanden wird. Im Juni 1919 entsteht so die auf Länderebene organisierte, aber zum größten Teil durch das Reich finanzierte, SICHERHEITS-POLIZEI, kurz SiPo. Ihre militärische Ausrichtung macht



Darstellung eines Sicherheitspolizisten aus dem Jahr 1920. Nach der Auflösung der SiPo bleibt der auffällige Tschako als Polizeihelm in Gebrauch. Der preußische Gardestern wandelt sich zum Polizeistern.

Der markante Helm wird für lange Zeit zum Erkennungszeichen der Polizei. Nordrhein-Westfalen schafft ihn Anfang der 1970er Jahre als letztes Bundesland ab.

die neue Polizeitruppe vor allem für ehemalige Soldaten des Deutschen Heeres bzw. aus den Freikorps interessant. Als Grundlage für die Uniformierung dient die alte, graugrüne Bekleidung der Gardejäger der kaiserlichen Armee.

So wird die SiPo bald als „grüne Polizei“ bezeichnet. Auch die ehemalige Kopfbedeckung der Jägerbataillone, der Tschako, wird von der SiPo getragen und der leicht umgestaltete preußische Gardestern zum bis heute üblichen Polizeistern. Dabei existiert die SiPo nicht viel länger als ein Jahr. Spätestens seit dem Kapp-Putsch im März 1920 ist die paramilitärische Polizei vor allem Frankreich ein Dorn im Auge. Aufgrund französischer Proteste trifft die Entente schließlich die Anordnung, dass die SiPo am 4. Oktober 1920 aufgelöst werden muss; auch die grüne



Die Schupo löst die SiPo als Instrument der Aufstandsbekämpfung ab. Viele Schupo-Beamte sind ehemalige Frontsoldaten. Es bleibt auch bei der paramilitärischen Struktur und Ausrüstung. Das Foto zeigt eine Abteilung bei der Ausbildung. Gut zu sehen, Karabiner, Handgranaten (Beutel beim Beamten links über der Schulter) und eine Maschinenpistole MP 18. Rangabzeichen (Schulterstücke) werden bei Spezialoperationen abgelegt.

Uniform ist abzuschaffen. Gleichzeitig wird die weniger militärisch gegliederte und ausgerüstete SCHUTZPOLIZEI (Schupo) in Preußen, Sachsen und Baden-Württemberg gegründet. In Hamburg und dem Freistaat Oldenburg wird die SiPo in ORDNUNGSPOLIZEI umbenannt, in Bayern ab November 1920 in BAYRISCHE LANDESPOLIZEI. Die Schupo erhält eine blaue Uniform, die allerdings erst am 28. September 1923 realisiert werden kann. In Zeiten allgemeiner Materialknappheit und Inflation erfolgt die Einführung schleppend, noch 1930 gibt es ‚Auftragevorschriften‘ für die grüne Uniform.⁶

6 Löhken, Ingo: *Die Polizei-Uniformen in Preußen 1866 – 1934*, Friedberg 1986, S. 23.